

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

59 (11.3.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 8-12 u. 2-4 Uhr abends. Fernspr.: 128. Redaktion Nr. 481. Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Abgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 8-12 u. 2-4 Uhr abends. Fernspr.: 128. Redaktion Nr. 481. Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Abgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 8-12 u. 2-4 Uhr abends. Fernspr.: 128. Redaktion Nr. 481. Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

Starke französische Angriffe zurückgeschlagen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Größes Hauptquartier, 10. März. (Amtlich.)
 Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern. Die englischen Erkundungsberichte der letzten Tage sind von starkem Interesse. Die Angriffe der Franzosen sind von starkem Interesse. Die Angriffe der Franzosen sind von starkem Interesse. Die Angriffe der Franzosen sind von starkem Interesse.

Rücktritt Trotskys.

Petersburg, 9. März. (WB. Nicht amtlich.) Neutermelung. Trotsky ist von seinem Posten als Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten zurückgetreten. Das vorauszusehen war, ist eingetroffen. Nicht länger als ein Vierteljahr hat sich Trotsky an der Regierung halten können. Sein Rücktritt bedeutet den Sieg der Friedenspartei in Russland und die Anerkennung des Friedensvertrags. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Trotsky hat den Sitzungsraum in der Duma verlassen. Trotsky hat den Sitzungsraum in der Duma verlassen. Trotsky hat den Sitzungsraum in der Duma verlassen.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Bukarest, 9. März. Gestern fand im Schloß Cotroceni eine Vollversammlung der Friedenskonferenz statt unter dem Vorsitz des bulgarischen ersten Delegierten Tontschew. Herr Tontschew gab dem Wunsch Ausdruck, die Verhandlungen nach Möglichkeit zu beschleunigen. Der rumänische erste Delegierte schloß sich diesem Wunsch an. Um diesen allseitigen Begehren Rechnung tragen zu können, schlug Herr Argetojanu vor, es möge ihm möglichst sofort eine zusammenfassende Aufstellung sämtlicher einzelnen Forderungen der verbündeten Mächte schriftlich mitgeteilt werden, damit er diese verständig seiner Regierung vortragen könne. Entsprechende Mitteilungen sind Herrn Argetojanu gestern gemacht worden. Er wird heute nach Jassy abreisen. Seine Rückkehr wird für nächsten Donnerstag erwartet. Inzwischen sollen unverbündete Besprechungen auf technischem Gebiet mit den übrigen, vollständig hier zurückgebliebenen Mitgliedern der rumänischen Delegation fortgesetzt werden.

Der deutsche Tagesbericht von Samstag meldet:

Größes Hauptquartier, 9. März. (WB. Amtlich.) Zur Vergeltung für feindliche Bombenabwürfe auf die offenen Städte Trier, Mannheim und Birmensdorf am 19. und 20. Februar haben unsere Flugzeuge in der Nacht vom 8. zum 9. März Paris erneut mit Bomben angegriffen und große Wirkung erzielt.

Der französischer Bericht.

Paris, 9. März. (WB. Nicht amtlich.) Amtlicher französischer Bericht von 10.50 Uhr abends. Es hat ein feindlicher Fliegerangriff stattgefunden. Alarm wurde 8.50 Uhr gegeben. Geschwader, die sich gegen Paris und Umgebung richteten, wurden angefliegen. Unsere Flieger ließen sofort auf. Um 10.30 Uhr wurden an mehreren Punkten Bomben abgeworfen. Es wird von Opfern und Materialschaden berichtet.

Der österreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 9. März. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: Bei Biala in der Ukraine wurden durch die zur Deckung der Bahn Kowel-Dobesja vorgehenden Truppen stärkere Banden zerstört. An der italienischen Front stellenweise lebhafter Artilleriekampf.

Japan mobilisiert.

Berlin, 9. März. (Privatmeldung.) Die „Morning Post“ berichtet, einer Meldung des „L.A.“ von der Schweizer Grenze zufolge aus Tokio: 5 Jahressklassen der japanischen Marine haben am 4. März Einberufungsbeleg erhalten. Pariser Blätter berichten aus Tokio, daß das japanische Parlament einen Mobilisierungskredit von einer Milliarde Yen bewilligte für militärische Sicherheitsmaßnahmen in Korea und den benachbarten Gebieten.

Der Chef des Generalstabes.

Zum Fliegerangriff auf London.
London, 8. März. (WB. Nicht amtlich.) Meldung des Meutischen Bureaus. Ein amtlicher Bericht berichtet, daß nach den letzten Polizeimeldungen 11 Personen getötet und 46 verwundet wurden. Man fürchtet, daß außerdem noch 6 Leichen unter den Trümmern der Häuser begraben liegen. Alle Unfälle ereigneten sich in London.

Der Daimler-Skandal.

Berlin, den 9. März 1918
 Der Hauptauschuss des Reichstages führte am Freitag zunächst die Aussprache über die Liquidationen in Rumänien zu Ende. Der Antrag Dr. Cohn, diese Liquidationen rückgängig zu machen, wurde abgelehnt.
 Abg. Liebing berichtet dann über die Verhandlungen des Unterausschusses über Preissteigerungen, insbesondere in der Automobilindustrie. Redner behandelte eingehend den aufsehenerregenden Fall der Daimlerwerke. Durch einen entlassenen Beamten ist festgestellt worden, daß der Direktor dieser Werke Kalkulationsaufstellungen nachträglich hat ändern lassen, um die Prüfungscommission zu täuschen. Nicht nur die Materialpreise, sondern auch die Löhne wurden nachträglich höher angegeben. Das hat Veranlassung dazu gegeben, daß der ganze Betrieb sofort unter militärische Leitung gestellt wurde, um weitere Fälschungen zu verhindern. Die Firma stellt in der Hauptsache Flugzeugmotoren her. Sie verlangte für einen der Motoren, die an sich schon bis auf 15000 Mk. gesteigert worden sind, einen weiteren Preisaufschlag von 25 Prozent. Der Direktor drohte für den Fall, daß der Preisaufschlag nicht gewährt werden sollte, die Nacharbeit im Werke einzustellen und damit die Leistungsfähigkeit zu vermindern. Einer militärischen Kommission, die zur Untersuchung der Sache nach Stuttgart ging, wurde als Vertreter des Unterausschusses der Abg. Koste beigegeben. Diese Kommission verhandelte eingehend mit dem Staatsanwalt, der daraufhin ein Strafverfahren gegen den Direktor der Daimlerwerke einleitete. Der Redner stellte fest, daß die Daimlerwerke an den Motoren allein im Jahre 48 Millionen Mark verdienen. Er beantragte dann im Namen des Unterausschusses, den Reichskanzler zu ersuchen, scharf gegen die Daimlerwerke herbeizugreifen, durch welche der Reichskanzler ermächtigt wird, die Bücher der Firmen einzusehen, die mit der Ausführung der Kriegslieferungen betraut werden.
 General Schenk wandte sich gegen diesen Antrag, weil die jetzt bestehenden Verordnungen bereits die erforderliche Handhabe bieten. — Den gleichen Standpunkt vertrat Geheimrat von Simson, der darauf hinwies, daß die Verordnung über die Auskunftsüber wirtschaftliche Verhältnisse schon durchaus genügend sei. Wenn allerdings eine Firma die Herausgabe der Bücher verweigert, dann könne eine Beschlagnahme nur auf gerichtliche Anordnung erfolgen und auch nur dann, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht. — Geheimrat Dr. Wamer vom Waffen- und Munitionsbeschaffungsausschuss beriet dann eingehend über die Grundzüge für die Preisprüfungen bei Lieferungen für die Heeresverwaltung.
 Abg. Koste (Soz.):
 Die Heeresverwaltung hat zu Anfang des Krieges geglaubt, durch höhere Preise zur Produktion in Kriegsmaterial anzuregen zu müssen. Das hat dazu geführt, daß von einer Anzahl Unternehmen geradezu ungeheure Gewinne gemacht worden sind, und insbesondere gilt das von der Herstellung von Automobilen und von der Erzeugung von Motoren. Was an den amtlichen Stellen an Kontrolle geleistet wurde, war ganz zweifellos vollkommen unzureichend, sonst hätte es nicht eintreten können, daß einzelne Firmen ihre Gewinne in der enormen Weise steigern konnten. Den einzelnen Kriegsinstituten sind ganz gewaltige Zuschüsse gezahlt worden, ohne daß eine Sicherung dafür geschaffen wurde, daß das Reich wieder ganz oder teilweise zu seinem Gelde kommen könne. Die vom Reichskanzler eingesetzte Kommission für die Nachprüfung der Kriegslieferungen hat bisher immer noch nicht eine Zusammenstellung über die Lieferungsverträge erhalten können. Die von den Daimler-Werken erzielten Profite sind von der öffentlichen Meinung schon lange als ungeheuerlich angesehen worden. Sie konnten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung unbegreiflicherweise dauernd Preise gezahlt hat zu einer Zeit, als nur mit großer Mühe einzelne Exemplare von Motoren hergestellt werden konnten. Die Firma hat auf mehrfache Anforderungen hin die Kalkulationsberechnungen immer verweigert. Schon dieser Umstand hätte auf alle Fälle inausig machen sollen. Statt dessen hat man ganz ruhig die hohen Preise weitergezahlt, bis die Firma schließlich einen Preisaufschlag von 50 Prozent forderte. Die Militärverwaltung hat diese Forderungen nicht ohne weiteres scharf zurückgewiesen, sondern hat es erst darauf ankommen lassen, daß der Leiter der Daimler-Werke mit einer Produktionsbeschränkung drohte. Dieses Vorgehen des Leiters der Daimler-Werke charakterisiert das geradezu als Landesherr, denn in einer Zeit, in der wir in denkbar härtestem Kampfe stehen, sollten auf diese Weise die Heereslieferungen verlangsamt werden. Erst als den Herren die Militarisierung dieses Werkes angedroht wurde, haben sie erklärt, von einer Einschränkung Abstand zu nehmen. Eine militärische Kommission, die nach Stuttgart gereist war, hat dort eigentlich nicht so eingegriffen, wie sie hätte eingreifen sollen. Es war notwendig, noch einmal eine Kommission dorthin zu entsenden und nun hat die Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet und wird die Bücher nachprüfen lassen. Hier liegt zweifellos Betrug vor und vollendeter Kriegswucher vor. Ob nach der Zeitrechnung in dem Wiesbadener Prozeß bei dem Strafverfahren viel herauskommen wird, wird allerdings erst abzuwarten sein. Bei der jetzigen Militarisierung der Daimler-Werke kann nur eine militärische Oberaufsicht in Frage kommen. Der Daimlerische Vorgang aber stellt sich als eine ganz unerhörte Erscheinung dar, und es wäre fatal verfehlt, anzunehmen, daß er nur eine Ausnahme darstelle und daß Ähnliches sich nicht wiederholen werde. Im Gegenteil, zahlreiche Industrieunternehmen nutzen die Situation nicht weniger skrupellos aus. Die Kontrolle der Kriegslieferungen muß davor verschärft werden, daß eine solche Ausplünderung des Volkes unmöglich wird.
 General Conze gibt zu, daß man durch hohe Preise die Produktion anzuregen habe, aber anders war der momentan gewaltig anstürmende Heeresbedarf kaum zu decken. Seitens der militärischen Verwaltung ist alles getan worden, um die Preise

Der Daimler-Skandal.

Berlin, den 9. März 1918
 Der Hauptauschuss des Reichstages führte am Freitag zunächst die Aussprache über die Liquidationen in Rumänien zu Ende. Der Antrag Dr. Cohn, diese Liquidationen rückgängig zu machen, wurde abgelehnt.
 Abg. Liebing berichtet dann über die Verhandlungen des Unterausschusses über Preissteigerungen, insbesondere in der Automobilindustrie. Redner behandelte eingehend den aufsehenerregenden Fall der Daimlerwerke. Durch einen entlassenen Beamten ist festgestellt worden, daß der Direktor dieser Werke Kalkulationsaufstellungen nachträglich hat ändern lassen, um die Prüfungscommission zu täuschen. Nicht nur die Materialpreise, sondern auch die Löhne wurden nachträglich höher angegeben. Das hat Veranlassung dazu gegeben, daß der ganze Betrieb sofort unter militärische Leitung gestellt wurde, um weitere Fälschungen zu verhindern. Die Firma stellt in der Hauptsache Flugzeugmotoren her. Sie verlangte für einen der Motoren, die an sich schon bis auf 15000 Mk. gesteigert worden sind, einen weiteren Preisaufschlag von 25 Prozent. Der Direktor drohte für den Fall, daß der Preisaufschlag nicht gewährt werden sollte, die Nacharbeit im Werke einzustellen und damit die Leistungsfähigkeit zu vermindern. Einer militärischen Kommission, die zur Untersuchung der Sache nach Stuttgart ging, wurde als Vertreter des Unterausschusses der Abg. Koste beigegeben. Diese Kommission verhandelte eingehend mit dem Staatsanwalt, der daraufhin ein Strafverfahren gegen den Direktor der Daimlerwerke einleitete. Der Redner stellte fest, daß die Daimlerwerke an den Motoren allein im Jahre 48 Millionen Mark verdienen. Er beantragte dann im Namen des Unterausschusses, den Reichskanzler zu ersuchen, scharf gegen die Daimlerwerke herbeizugreifen, durch welche der Reichskanzler ermächtigt wird, die Bücher der Firmen einzusehen, die mit der Ausführung der Kriegslieferungen betraut werden.
 General Schenk wandte sich gegen diesen Antrag, weil die jetzt bestehenden Verordnungen bereits die erforderliche Handhabe bieten. — Den gleichen Standpunkt vertrat Geheimrat von Simson, der darauf hinwies, daß die Verordnung über die Auskunftsüber wirtschaftliche Verhältnisse schon durchaus genügend sei. Wenn allerdings eine Firma die Herausgabe der Bücher verweigert, dann könne eine Beschlagnahme nur auf gerichtliche Anordnung erfolgen und auch nur dann, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht. — Geheimrat Dr. Wamer vom Waffen- und Munitionsbeschaffungsausschuss beriet dann eingehend über die Grundzüge für die Preisprüfungen bei Lieferungen für die Heeresverwaltung.
 Abg. Koste (Soz.):
 Die Heeresverwaltung hat zu Anfang des Krieges geglaubt, durch höhere Preise zur Produktion in Kriegsmaterial anzuregen zu müssen. Das hat dazu geführt, daß von einer Anzahl Unternehmen geradezu ungeheure Gewinne gemacht worden sind, und insbesondere gilt das von der Herstellung von Automobilen und von der Erzeugung von Motoren. Was an den amtlichen Stellen an Kontrolle geleistet wurde, war ganz zweifellos vollkommen unzureichend, sonst hätte es nicht eintreten können, daß einzelne Firmen ihre Gewinne in der enormen Weise steigern konnten. Den einzelnen Kriegsinstituten sind ganz gewaltige Zuschüsse gezahlt worden, ohne daß eine Sicherung dafür geschaffen wurde, daß das Reich wieder ganz oder teilweise zu seinem Gelde kommen könne. Die vom Reichskanzler eingesetzte Kommission für die Nachprüfung der Kriegslieferungen hat bisher immer noch nicht eine Zusammenstellung über die Lieferungsverträge erhalten können. Die von den Daimler-Werken erzielten Profite sind von der öffentlichen Meinung schon lange als ungeheuerlich angesehen worden. Sie konnten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung unbegreiflicherweise dauernd Preise gezahlt hat zu einer Zeit, als nur mit großer Mühe einzelne Exemplare von Motoren hergestellt werden konnten. Die Firma hat auf mehrfache Anforderungen hin die Kalkulationsberechnungen immer verweigert. Schon dieser Umstand hätte auf alle Fälle inausig machen sollen. Statt dessen hat man ganz ruhig die hohen Preise weitergezahlt, bis die Firma schließlich einen Preisaufschlag von 50 Prozent forderte. Die Militärverwaltung hat diese Forderungen nicht ohne weiteres scharf zurückgewiesen, sondern hat es erst darauf ankommen lassen, daß der Leiter der Daimler-Werke mit einer Produktionsbeschränkung drohte. Dieses Vorgehen des Leiters der Daimler-Werke charakterisiert das geradezu als Landesherr, denn in einer Zeit, in der wir in denkbar härtestem Kampfe stehen, sollten auf diese Weise die Heereslieferungen verlangsamt werden. Erst als den Herren die Militarisierung dieses Werkes angedroht wurde, haben sie erklärt, von einer Einschränkung Abstand zu nehmen. Eine militärische Kommission, die nach Stuttgart gereist war, hat dort eigentlich nicht so eingegriffen, wie sie hätte eingreifen sollen. Es war notwendig, noch einmal eine Kommission dorthin zu entsenden und nun hat die Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet und wird die Bücher nachprüfen lassen. Hier liegt zweifellos Betrug vor und vollendeter Kriegswucher vor. Ob nach der Zeitrechnung in dem Wiesbadener Prozeß bei dem Strafverfahren viel herauskommen wird, wird allerdings erst abzuwarten sein. Bei der jetzigen Militarisierung der Daimler-Werke kann nur eine militärische Oberaufsicht in Frage kommen. Der Daimlerische Vorgang aber stellt sich als eine ganz unerhörte Erscheinung dar, und es wäre fatal verfehlt, anzunehmen, daß er nur eine Ausnahme darstelle und daß Ähnliches sich nicht wiederholen werde. Im Gegenteil, zahlreiche Industrieunternehmen nutzen die Situation nicht weniger skrupellos aus. Die Kontrolle der Kriegslieferungen muß davor verschärft werden, daß eine solche Ausplünderung des Volkes unmöglich wird.
 General Conze gibt zu, daß man durch hohe Preise die Produktion anzuregen habe, aber anders war der momentan gewaltig anstürmende Heeresbedarf kaum zu decken. Seitens der militärischen Verwaltung ist alles getan worden, um die Preise

Der Daimler-Skandal.

Berlin, den 9. März 1918
 Der Hauptauschuss des Reichstages führte am Freitag zunächst die Aussprache über die Liquidationen in Rumänien zu Ende. Der Antrag Dr. Cohn, diese Liquidationen rückgängig zu machen, wurde abgelehnt.
 Abg. Liebing berichtet dann über die Verhandlungen des Unterausschusses über Preissteigerungen, insbesondere in der Automobilindustrie. Redner behandelte eingehend den aufsehenerregenden Fall der Daimlerwerke. Durch einen entlassenen Beamten ist festgestellt worden, daß der Direktor dieser Werke Kalkulationsaufstellungen nachträglich hat ändern lassen, um die Prüfungscommission zu täuschen. Nicht nur die Materialpreise, sondern auch die Löhne wurden nachträglich höher angegeben. Das hat Veranlassung dazu gegeben, daß der ganze Betrieb sofort unter militärische Leitung gestellt wurde, um weitere Fälschungen zu verhindern. Die Firma stellt in der Hauptsache Flugzeugmotoren her. Sie verlangte für einen der Motoren, die an sich schon bis auf 15000 Mk. gesteigert worden sind, einen weiteren Preisaufschlag von 25 Prozent. Der Direktor drohte für den Fall, daß der Preisaufschlag nicht gewährt werden sollte, die Nacharbeit im Werke einzustellen und damit die Leistungsfähigkeit zu vermindern. Einer militärischen Kommission, die zur Untersuchung der Sache nach Stuttgart ging, wurde als Vertreter des Unterausschusses der Abg. Koste beigegeben. Diese Kommission verhandelte eingehend mit dem Staatsanwalt, der daraufhin ein Strafverfahren gegen den Direktor der Daimlerwerke einleitete. Der Redner stellte fest, daß die Daimlerwerke an den Motoren allein im Jahre 48 Millionen Mark verdienen. Er beantragte dann im Namen des Unterausschusses, den Reichskanzler zu ersuchen, scharf gegen die Daimlerwerke herbeizugreifen, durch welche der Reichskanzler ermächtigt wird, die Bücher der Firmen einzusehen, die mit der Ausführung der Kriegslieferungen betraut werden.
 General Schenk wandte sich gegen diesen Antrag, weil die jetzt bestehenden Verordnungen bereits die erforderliche Handhabe bieten. — Den gleichen Standpunkt vertrat Geheimrat von Simson, der darauf hinwies, daß die Verordnung über die Auskunftsüber wirtschaftliche Verhältnisse schon durchaus genügend sei. Wenn allerdings eine Firma die Herausgabe der Bücher verweigert, dann könne eine Beschlagnahme nur auf gerichtliche Anordnung erfolgen und auch nur dann, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht. — Geheimrat Dr. Wamer vom Waffen- und Munitionsbeschaffungsausschuss beriet dann eingehend über die Grundzüge für die Preisprüfungen bei Lieferungen für die Heeresverwaltung.
 Abg. Koste (Soz.):
 Die Heeresverwaltung hat zu Anfang des Krieges geglaubt, durch höhere Preise zur Produktion in Kriegsmaterial anzuregen zu müssen. Das hat dazu geführt, daß von einer Anzahl Unternehmen geradezu ungeheure Gewinne gemacht worden sind, und insbesondere gilt das von der Herstellung von Automobilen und von der Erzeugung von Motoren. Was an den amtlichen Stellen an Kontrolle geleistet wurde, war ganz zweifellos vollkommen unzureichend, sonst hätte es nicht eintreten können, daß einzelne Firmen ihre Gewinne in der enormen Weise steigern konnten. Den einzelnen Kriegsinstituten sind ganz gewaltige Zuschüsse gezahlt worden, ohne daß eine Sicherung dafür geschaffen wurde, daß das Reich wieder ganz oder teilweise zu seinem Gelde kommen könne. Die vom Reichskanzler eingesetzte Kommission für die Nachprüfung der Kriegslieferungen hat bisher immer noch nicht eine Zusammenstellung über die Lieferungsverträge erhalten können. Die von den Daimler-Werken erzielten Profite sind von der öffentlichen Meinung schon lange als ungeheuerlich angesehen worden. Sie konnten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung unbegreiflicherweise dauernd Preise gezahlt hat zu einer Zeit, als nur mit großer Mühe einzelne Exemplare von Motoren hergestellt werden konnten. Die Firma hat auf mehrfache Anforderungen hin die Kalkulationsberechnungen immer verweigert. Schon dieser Umstand hätte auf alle Fälle inausig machen sollen. Statt dessen hat man ganz ruhig die hohen Preise weitergezahlt, bis die Firma schließlich einen Preisaufschlag von 50 Prozent forderte. Die Militärverwaltung hat diese Forderungen nicht ohne weiteres scharf zurückgewiesen, sondern hat es erst darauf ankommen lassen, daß der Leiter der Daimler-Werke mit einer Produktionsbeschränkung drohte. Dieses Vorgehen des Leiters der Daimler-Werke charakterisiert das geradezu als Landesherr, denn in einer Zeit, in der wir in denkbar härtestem Kampfe stehen, sollten auf diese Weise die Heereslieferungen verlangsamt werden. Erst als den Herren die Militarisierung dieses Werkes angedroht wurde, haben sie erklärt, von einer Einschränkung Abstand zu nehmen. Eine militärische Kommission, die nach Stuttgart gereist war, hat dort eigentlich nicht so eingegriffen, wie sie hätte eingreifen sollen. Es war notwendig, noch einmal eine Kommission dorthin zu entsenden und nun hat die Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet und wird die Bücher nachprüfen lassen. Hier liegt zweifellos Betrug vor und vollendeter Kriegswucher vor. Ob nach der Zeitrechnung in dem Wiesbadener Prozeß bei dem Strafverfahren viel herauskommen wird, wird allerdings erst abzuwarten sein. Bei der jetzigen Militarisierung der Daimler-Werke kann nur eine militärische Oberaufsicht in Frage kommen. Der Daimlerische Vorgang aber stellt sich als eine ganz unerhörte Erscheinung dar, und es wäre fatal verfehlt, anzunehmen, daß er nur eine Ausnahme darstelle und daß Ähnliches sich nicht wiederholen werde. Im Gegenteil, zahlreiche Industrieunternehmen nutzen die Situation nicht weniger skrupellos aus. Die Kontrolle der Kriegslieferungen muß davor verschärft werden, daß eine solche Ausplünderung des Volkes unmöglich wird.
 General Conze gibt zu, daß man durch hohe Preise die Produktion anzuregen habe, aber anders war der momentan gewaltig anstürmende Heeresbedarf kaum zu decken. Seitens der militärischen Verwaltung ist alles getan worden, um die Preise

Der Daimler-Skandal.

Berlin, den 9. März 1918
 Der Hauptauschuss des Reichstages führte am Freitag zunächst die Aussprache über die Liquidationen in Rumänien zu Ende. Der Antrag Dr. Cohn, diese Liquidationen rückgängig zu machen, wurde abgelehnt.
 Abg. Liebing berichtet dann über die Verhandlungen des Unterausschusses über Preissteigerungen, insbesondere in der Automobilindustrie. Redner behandelte eingehend den aufsehenerregenden Fall der Daimlerwerke. Durch einen entlassenen Beamten ist festgestellt worden, daß der Direktor dieser Werke Kalkulationsaufstellungen nachträglich hat ändern lassen, um die Prüfungscommission zu täuschen. Nicht nur die Materialpreise, sondern auch die Löhne wurden nachträglich höher angegeben. Das hat Veranlassung dazu gegeben, daß der ganze Betrieb sofort unter militärische Leitung gestellt wurde, um weitere Fälschungen zu verhindern. Die Firma stellt in der Hauptsache Flugzeugmotoren her. Sie verlangte für einen der Motoren, die an sich schon bis auf 15000 Mk. gesteigert worden sind, einen weiteren Preisaufschlag von 25 Prozent. Der Direktor drohte für den Fall, daß der Preisaufschlag nicht gewährt werden sollte, die Nacharbeit im Werke einzustellen und damit die Leistungsfähigkeit zu vermindern. Einer militärischen Kommission, die zur Untersuchung der Sache nach Stuttgart ging, wurde als Vertreter des Unterausschusses der Abg. Koste beigegeben. Diese Kommission verhandelte eingehend mit dem Staatsanwalt, der daraufhin ein Strafverfahren gegen den Direktor der Daimlerwerke einleitete. Der Redner stellte fest, daß die Daimlerwerke an den Motoren allein im Jahre 48 Millionen Mark verdienen. Er beantragte dann im Namen des Unterausschusses, den Reichskanzler zu ersuchen, scharf gegen die Daimlerwerke herbeizugreifen, durch welche der Reichskanzler ermächtigt wird, die Bücher der Firmen einzusehen, die mit der Ausführung der Kriegslieferungen betraut werden.
 General Schenk wandte sich gegen diesen Antrag, weil die jetzt bestehenden Verordnungen bereits die erforderliche Handhabe bieten. — Den gleichen Standpunkt vertrat Geheimrat von Simson, der darauf hinwies, daß die Verordnung über die Auskunftsüber wirtschaftliche Verhältnisse schon durchaus genügend sei. Wenn allerdings eine Firma die Herausgabe der Bücher verweigert, dann könne eine Beschlagnahme nur auf gerichtliche Anordnung erfolgen und auch nur dann, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht. — Geheimrat Dr. Wamer vom Waffen- und Munitionsbeschaffungsausschuss beriet dann eingehend über die Grundzüge für die Preisprüfungen bei Lieferungen für die Heeresverwaltung.
 Abg. Koste (Soz.):
 Die Heeresverwaltung hat zu Anfang des Krieges geglaubt, durch höhere Preise zur Produktion in Kriegsmaterial anzuregen zu müssen. Das hat dazu geführt, daß von einer Anzahl Unternehmen geradezu ungeheure Gewinne gemacht worden sind, und insbesondere gilt das von der Herstellung von Automobilen und von der Erzeugung von Motoren. Was an den amtlichen Stellen an Kontrolle geleistet wurde, war ganz zweifellos vollkommen unzureichend, sonst hätte es nicht eintreten können, daß einzelne Firmen ihre Gewinne in der enormen Weise steigern konnten. Den einzelnen Kriegsinstituten sind ganz gewaltige Zuschüsse gezahlt worden, ohne daß eine Sicherung dafür geschaffen wurde, daß das Reich wieder ganz oder teilweise zu seinem Gelde kommen könne. Die vom Reichskanzler eingesetzte Kommission für die Nachprüfung der Kriegslieferungen hat bisher immer noch nicht eine Zusammenstellung über die Lieferungsverträge erhalten können. Die von den Daimler-Werken erzielten Profite sind von der öffentlichen Meinung schon lange als ungeheuerlich angesehen worden. Sie konnten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung unbegreiflicherweise dauernd Preise gezahlt hat zu einer Zeit, als nur mit großer Mühe einzelne Exemplare von Motoren hergestellt werden konnten. Die Firma hat auf mehrfache Anforderungen hin die Kalkulationsberechnungen immer verweigert. Schon dieser Umstand hätte auf alle Fälle inausig machen sollen. Statt dessen hat man ganz ruhig die hohen Preise weitergezahlt, bis die Firma schließlich einen Preisaufschlag von 50 Prozent forderte. Die Militärverwaltung hat diese Forderungen nicht ohne weiteres scharf zurückgewiesen, sondern hat es erst darauf ankommen lassen, daß der Leiter der Daimler-Werke mit einer Produktionsbeschränkung drohte. Dieses Vorgehen des Leiters der Daimler-Werke charakterisiert das geradezu als Landesherr, denn in einer Zeit, in der wir in denkbar härtestem Kampfe stehen, sollten auf diese Weise die Heereslieferungen verlangsamt werden. Erst als den Herren die Militarisierung dieses Werkes angedroht wurde, haben sie erklärt, von einer Einschränkung Abstand zu nehmen. Eine militärische Kommission, die nach Stuttgart gereist war, hat dort eigentlich nicht so eingegriffen, wie sie hätte eingreifen sollen. Es war notwendig, noch einmal eine Kommission dorthin zu entsenden und nun hat die Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet und wird die Bücher nachprüfen lassen. Hier liegt zweifellos Betrug vor und vollendeter Kriegswucher vor. Ob nach der Zeitrechnung in dem Wiesbadener Prozeß bei dem Strafverfahren viel herauskommen wird, wird allerdings erst abzuwarten sein. Bei der jetzigen Militarisierung der Daimler-Werke kann nur eine militärische Oberaufsicht in Frage kommen. Der Daimlerische Vorgang aber stellt sich als eine ganz unerhörte Erscheinung dar, und es wäre fatal verfehlt, anzunehmen, daß er nur eine Ausnahme darstelle und daß Ähnliches sich nicht wiederholen werde. Im Gegenteil, zahlreiche Industrieunternehmen nutzen die Situation nicht weniger skrupellos aus. Die Kontrolle der Kriegslieferungen muß davor verschärft werden, daß eine solche Ausplünderung des Volkes unmöglich wird.
 General Conze gibt zu, daß man durch hohe Preise die Produktion anzuregen habe, aber anders war der momentan gewaltig anstürmende Heeresbedarf kaum zu decken. Seitens der militärischen Verwaltung ist alles getan worden, um die Preise

Der Daimler-Skandal.

Berlin, den 9. März 1918
 Der Hauptauschuss des Reichstages führte am Freitag zunächst die Aussprache über die Liquidationen in Rumänien zu Ende. Der Antrag Dr. Cohn, diese Liquidationen rückgängig zu machen, wurde abgelehnt.
 Abg. Liebing berichtet dann über die Verhandlungen des Unterausschusses über Preissteigerungen, insbesondere in der Automobilindustrie. Redner behandelte eingehend den aufsehenerregenden Fall der Daimlerwerke. Durch einen entlassenen Beamten ist festgestellt worden, daß der Direktor dieser Werke Kalkulationsaufstellungen nachträglich hat ändern lassen, um die Prüfungscommission zu täuschen. Nicht nur die Materialpreise, sondern auch die Löhne wurden nachträglich höher angegeben. Das hat Veranlassung dazu gegeben, daß der ganze Betrieb sofort unter militärische Leitung gestellt wurde, um weitere Fälschungen zu verhindern. Die Firma stellt in der Hauptsache Flugzeugmotoren her. Sie verlangte für einen der Motoren, die an sich schon bis auf 15000 Mk. gesteigert worden sind, einen weiteren Preisaufschlag von 25 Prozent. Der Direktor drohte für den Fall, daß der Preisaufschlag nicht gewährt werden sollte, die Nacharbeit im Werke einzustellen und damit die Leistungsfähigkeit zu vermindern. Einer militärischen Kommission, die zur Untersuchung der Sache nach Stuttgart ging, wurde als Vertreter des Unterausschusses der Abg. Koste beigegeben. Diese Kommission verhandelte eingehend mit dem Staatsanwalt, der daraufhin ein Strafverfahren gegen den Direktor der Daimlerwerke einleitete. Der Redner stellte fest, daß die Daimlerwerke an den Motoren allein im Jahre 48 Millionen Mark verdienen. Er beantragte dann im Namen des Unterausschusses, den Reichskanzler zu ersuchen, scharf gegen die Daimlerwerke herbeizugreifen, durch welche der Reichskanzler ermächtigt wird, die Bücher der Firmen einzusehen, die mit der Ausführung der Kriegslieferungen betraut werden.
 General Schenk wandte sich gegen diesen Antrag, weil die jetzt bestehenden Verordnungen bereits die erforderliche Handhabe bieten. — Den gleichen Standpunkt vertrat Geheimrat von Simson, der darauf hinwies, daß die Verordnung über die Auskunftsüber wirtschaftliche Verhältnisse schon durchaus genügend sei. Wenn allerdings eine Firma die Herausgabe der Bücher verweigert, dann könne eine Beschlagnahme nur auf gerichtliche Anordnung erfolgen und auch nur dann, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht. — Geheimrat Dr. Wamer vom Waffen- und Munitionsbeschaffungsausschuss beriet dann eingehend über die Grundzüge für die Preisprüfungen bei Lieferungen für die Heeresverwaltung.
 Abg. Koste (Soz.):
 Die Heeresverwaltung hat zu Anfang des Krieges geglaubt, durch höhere Preise zur Produktion in Kriegsmaterial anzuregen zu müssen. Das hat dazu geführt, daß von einer Anzahl Unternehmen geradezu ungeheure Gewinne gemacht worden sind, und insbesondere gilt das von der Herstellung von Automobilen und von der Erzeugung von Motoren. Was an den amtlichen Stellen an Kontrolle geleistet wurde, war ganz zweifellos vollkommen unzureichend, sonst hätte es nicht eintreten können, daß einzelne Firmen ihre Gewinne in der enormen Weise steigern konnten. Den einzelnen Kriegsinstituten sind ganz gewaltige Zuschüsse gezahlt worden, ohne daß eine Sicherung dafür geschaffen wurde, daß das Reich wieder ganz oder teilweise zu seinem Gelde kommen könne. Die vom Reichskanzler eingesetzte Kommission für die Nachprüfung der Kriegslieferungen hat bisher immer noch nicht eine Zusammenstellung über die Lieferungsverträge erhalten können. Die von den Daimler-Werken erzielten Profite sind von der öffentlichen Meinung schon lange als ungeheuerlich angesehen worden. Sie konnten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung unbegreiflicherweise dauernd Preise gezahlt hat zu einer Zeit, als nur mit großer Mühe einzelne Exemplare von Motoren hergestellt werden konnten. Die Firma hat auf mehrfache Anforderungen hin die Kalkulationsberechnungen immer verweigert. Schon dieser Umstand hätte auf alle Fälle inausig machen sollen. Statt dessen hat man ganz ruhig die hohen Preise weitergezahlt, bis die Firma schließlich einen Preisaufschlag von 50 Prozent forderte. Die Militärverwaltung hat diese Forderungen nicht ohne weiteres scharf zurückgewiesen, sondern hat es erst darauf ankommen lassen, daß der Leiter der Daimler-Werke mit einer Produktionsbeschränkung drohte. Dieses Vorgehen des Leiters der Daimler-Werke charakterisiert das geradezu als Landesherr, denn in einer Zeit, in der wir in denkbar härtestem Kampfe stehen, sollten auf diese Weise die Heereslieferungen verlangsamt werden. Erst als den Herren die Militarisierung dieses Werkes angedroht wurde, haben sie erklärt, von einer Einschränkung Abstand zu nehmen. Eine militärische Kommission, die nach Stuttgart gereist war, hat dort eigentlich nicht so eingegriffen, wie sie hätte eingreifen sollen. Es war notwendig, noch einmal eine Kommission dorthin zu entsenden und nun hat die Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet und wird die Bücher nachprüfen lassen. Hier liegt zweifellos Betrug vor und vollendeter Kriegswucher vor. Ob nach der Zeitrechnung in dem Wiesbadener Prozeß bei dem Strafverfahren viel herauskommen wird, wird allerdings erst abzuwarten sein. Bei der jetzigen Militarisierung der Daimler-Werke kann nur eine militärische Oberaufsicht in Frage kommen. Der Daimlerische Vorgang aber stellt sich als eine ganz unerhörte Erscheinung dar, und es wäre fatal verfehlt, anzunehmen, daß er nur eine Ausnahme darstelle und daß Ähnliches sich nicht wiederholen werde. Im Gegenteil, zahlreiche Industrieunternehmen nutzen die Situation nicht weniger skrupellos aus. Die Kontrolle der Kriegslieferungen muß davor verschärft werden, daß eine solche Ausplünderung des Volkes unmöglich wird.
 General Conze gibt zu, daß man durch hohe Preise die Produktion anzuregen habe, aber anders war der momentan gewaltig anstürmende Heeresbedarf kaum zu decken. Seitens der militärischen Verwaltung ist alles getan worden, um die Preise

auf einer Höhe zu halten, die einigermassen verantwortlich war. Aus den Reihen der Industrie sind Vertreter zugezogen worden, die allen Maßnahmen zugestimmt haben. Von verlorenen Zuschüssen an die Industrie könne man nicht sprechen, denn die Steuermaßnahmen helfen, einen Teil davon dem Reich wieder zurückzuführen.

Oberst Dörmann bespricht zunächst das Beschaffungswesen und geht dann auseinander, wie die Preise bei der Firma Daimler sich im Laufe der Jahre gebildet haben. Als die Kriegsgewinne der Daimlerwerke bekannt wurden, forderte man Aufklärung, die jedoch nur dazu führte, daß die Daimler-Werke eine weitere Preiserhöhung forderten. Den Gipfel haben die Werke damit erklommen, daß sie jetzt unter Drohungen 50 Prozent Zuschlag verlangen. Bei der Gelegenheit haben sie nachgewiesen, daß sie nur 11 Prozent verdienen.

Hg. Dr. Stöbe (Noll.) ging mit den Daimler-Werten scharf ins Gericht. Er sagte auseinander, daß ein Kaufmannslehrling hätte erkennen müssen, daß entweder die Preisberechnungen der Firma oder daß ihre Bilanzen gefälscht sind. Denn darüber müßte man sich klar sein, daß, wenn die Preisberechnung möglichst derart knapp gewesen wäre, die Daimler-Werke unmöglich diese hohen Dividenden hätte verteilen können, noch weniger aber, daß sie ihr Aktienkapital von 8 auf 32 Millionen Mark hätte erhöhen können. Daß die Firma nur 11 Prozent verdiene, war von vornherein völlig ungläubhaft. In Wirklichkeit hat die Firma auf ihre Selbstkosten 173 Prozent draufgeschlagen. Das Reich ist nicht nur belastet, sondern auch um unerhörte hohe Summen geprellt worden. Im Volk muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Preisprüfungsstellen der militärischen Verwaltung ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Nur schleunige, scharfe Kontrolle kann beruhigend wirken.

Hg. Dr. Pfleger (Zentr.) betont, daß die vom Oberst Dörmann erwähnte Reichstagskommission eine freie Kommission war, die überhaupt nichts zu beschließen hatte. Hoffentlich schliche man mit den Daimler-Werten nicht etwa eines für die Werke sehr billigen Vergleich, wie man das im Fall eines Kammerherrn bereits getan hat. Unsere Gesetze reichen offenbar nicht aus, wie die Preisprüfung in dem genau so stinkenden Falle Klippel in Wiesbaden gezeigt hat. Diese Leute im Geleitz zu befehligen, muß unsere nächste Aufgabe sein.

Hg. Mumm: Wie sieht es mit der Affäre des Kammerherrn v. Behr-Binnow, der dem Kaiserhof nahestand und der genau so faule Sachen gemacht hat. In dem Falle der Daimler-Werke ist eine übliche Steuerbeule aufgeschoben worden. Der Reichstag hat die Unterlassung verschuldet, daß nicht eine gesetzliche Grundlage geschaffen wurde, um diesem Treiben einen Riegel vorzuschicken. Redner erwähnt einen Fall, in dem man einen Betrag von 100 000 Mark forderte, sich aber dann mit 5000 Mark zufriedien gab. Diese 5000 Mark sind dann einem ganz unbekanntem Verzem überwiefen worden.

General Couette schildert den letzteren Fall. Es sind gefüllte Granaten geliefert worden. Die Triebfeder war die Gewinnsucht. Arbeiter und Werkmeister wollten nicht merken lassen, daß viel Ausschuss vorhanden war, sie haben damit die Granaten gefüllt. Bei leichteren Schäden ist das statthalt. Alle Einwirkungen auf die Fabriken waren nutzlos. In einzelnen Fällen hatte man versucht, die Lieferanten zivilrechtlich haftbar zu machen. Man erwiderte eine Anzahl Fabrikanen und boten Summen an, um zu „beweisen“, daß sie den Staat nicht betrügen wollten. Der Referent, ein Hauptmann, hat dann diese Summe einem Herrn überwiesen, an dessen Spitze er selber stand. Der Hauptmann ist sofort von seiner Stelle entlassen worden.

Oberst Dörmann: Daimler hat noch Aufträge von 100 Millionen Mark, wir werden sorgen, daß das Reich wieder zu seinem Gelde kommt.

Hg. Erzberger: Die Geduld des Kriegsministeriums mit der Firma Daimler ist erstaunlich. Mit Offizieren und Soldaten hat man nicht so viel Geduld. Innerhalb Jahre kämpfte das Kriegsministerium um Unterlagen, und dann belam es fahlsche! Die Firma hat die militärische Kommission in standalöser Weise angeleift. Wie sieht es mit dem Kammerherrn v. Behr-Binnow. Der Herr hat in kurzer Zeit 4 Millionen Mark „verdient“. Das Kriegsministerium kennt das Material, hat aber noch nicht einmal geantwortet. Hier muß der Reichstag schnell und scharf eingreifen. General Gröner hat kurz vor seinem Abgang eine Denkschrift über das schwindelhafte Beschaffungswesen verfaßt. Das ist mit zu seinem Abgang beigetragen haben. Warum wird diese Denkschrift nicht vorgelegt, die offenbar sehr interessantes Material enthält. Wir müssen verlangen, daß Kriegsbetriebe streng und dauernd überwacht werden. Ihr Gewinn muß dann auf höchstens 5 Prozent bemessen werden, das kann dem Bucher einen Riegel vorschicken. Dann soll man die Preisprüfungsstelle der „Buntha“ weiter ausbauen. Wenn diese Stelle schon jetzt monatlich 50 Millionen abstreicht, dann wirkt dies dahin, daß die Angelegenheit sich in mäßigen Grenzen halten. In jedem Ressort muß ein Bucher-Referat geschaffen werden, man wird hierzu genug sachkundige Leute finden.

Geheimrat Dr. Mayer erklärt, die Prüfungen fänden durch aus nach kaufmännischen Grundfahen statt.

Berlin, 9. März.

Der Hauptauschuss des Reichstags erledigte heute zunächst den Etat des Rechnungshofes und einige Petitionen betr. Reichstags- und ufo.

Darauf wurden die gestern abgebrochenen Verhandlungen über Heereslieferungen fortgesetzt. Dazu liegt eine Reihe von Anträgen vor u. a. ein Antrag, den Reichstanzler zu ersuchen, alsbald für eine Bundesratsverordnung zu sorgen, wonach der Reichstanzler ermächtigt wird, in sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andere für die Berechnung der Preise maßgebende Unterlagen überwachen zu lassen.

Dr. David (Soz.), unterstützt vom Zentrum und Stöbe (Noll.): den Reichstanzler zu ersuchen, alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, durch welche

1. die Militarisierung der Betriebsleitung für solche für Heeres- und Marinebedarf arbeitende Betriebe angeordnet wird, welche durch übermäßige Preisberechnungen die Interessen des Reiches schädigen.

2. diesen Betrieben für die Zeit der Militarisierung nur solche Preise bezahlt werden, welche die Verzinsung des investierten Kapitals mit 5 Proz. gestatten.

Hg. Erzberger (Zentr.): den Reichstanzler zu ersuchen, alsbald in sämtlichen Zentralbeschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen zu errichten.

Hg. Gohse (Sp.): Wir mußten, daß vieles faul sei bei den Heereslieferungen. Was hier vorliegt, ist nur ein kleiner

Teil. Oft wurden Fabrikanten abgewiesen, und Schieber erbielten die Aufträge. Ein Teil des Beamtentums hat seinen guten Ruf verloren. Redner erinnert an den früher behandelten Fall, der noch nicht erledigt ist. Eine Antwort in dem Fall Behr-Binnow ist noch nicht erfolgt. Der Fall Philipp muß noch aufgeföhrt werden. Zeitungsbefichte genügen nicht für ein abschließendes Urteil. Es war ein Grundfehler, den legitimen Handel auszuföhren. Das Urteil über Daimler kann nicht scharf genug sein; aber gegen die weitgehenden Anträge bestehen noch Bedenken. Die Selbstkosten für einen Artikel zu ermitteln, ist eine sehr schwierige Aufgabe insbesondere in bezug auf den Anteil an den Generalkosten. Deshalb muß man auch mit Vorwürfen gegen die Heeresverwaltung vorsichtig sein. Bei Daimler müßte man allerdings Verdacht schöpfen. Wir werden für den Antrag Dr. Gohse und Gen. stimmen, haben aber Bedenken gegen die verlangte Militarisierung der Betriebsleitungen. Die Begrenzung der Dividende auf 5 Proz. würde die Aktionäre für die Verschönerungen der Leitung treffen.

General von Wrisberg: Die Verfügung von 1917 auf die genannten Stellen anzuwenden, erregt im Kriegsministerium doch Bedenken. Der Fall Behr-Binnow liegt der Staatsanwaltschaft vor. Jetzt können wir keine Auskunft geben. In den Eingefüllten Behr und Daimler müssen zunächst die Schuldigen gefast werden. Das Volk will sehen, daß mit den scharfen Mitteln durchgegriffen wird. Das Geld wieder zu bekommen, wird schwierig sein. Wahrscheinlich müssen wir deshalb noch an den Reichstag herantreten. Um ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, wird man tüchtige Sachverständige für die Preisprüfungsstellen gewinnen und diese vielleicht vereinigen müssen.

Chef des Kriegsamt General Schenk: Der Antrag Dr. Gohse und Genossen begegnet bei uns keinen Bedenken. Die Gesamtleistungen der Industrie sind durchaus anmerken, ebenso die der Offiziere und Beamten.

Die anderen Anträge erregen aus den vom Hg. Gohse vorgelegten Gründen Bedenken. Die Sachverständigen aus Ingenieur-, Kaufmanns- und Landwirtkreisen arbeiten ausgezehrt mit Offizieren zusammen.

Unterstaatssekretär Dr. Lewall gibt Auskunft über den Ausschuss zur Prüfung der Heereslieferungsverträge.

Hg. Dr. Gohse (Noll. Soz.): Auch hier sollte man das Verwaltungsamt andränge anwenden. Die Frage, wie man das Geld zurückbekommt, läßt sich leicht lösen; die Heeresverwaltung hat die Lieferanten in der Hand. Die Preisprüfer sollten durch Provisionen interessiert werden. Hinsichtlich der Strafverfolgung muß alles geschehen, um den Schein der Rechtsungleichheit zu vermeiden.

Geheimrat v. Simson (Reichsjustizamt) steht auf dem Standpunkt, daß die Verordnung vom Juli 1916 anwendbar ist, doch will er dem Gerichtshof nicht vorgehen. Die gemachten Gewinne sind mit dem doppelten Betrag wieder einzugehen. Es wird erwoogen, nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die Aktionäre und deren Erben zurückzugreifen.

General Schenk: Wir wollen die Preisprüfungsstellen zusammenschließen, um ihre Erfahrungen auszunutzen. Vergütung der außerordentlichen Hilfsarbeiter unterliegt der Erwögun.

Hg. Schiele (Konf.): Die Drohung des Direktors Berge von den Daimlerwerken ist durch die Erklärung der Regierung erledigt. Dagegen ist die Angelegenheit der Kalkulation noch nicht genügend aufgeklärt. Die hohen Preise haben auch hohe Löhne zur Folge gehabt. Dem Antrag auf Erlass einer neuen Bundesratsverordnung werde keine Präktion zustimmen, die anderen Anträge aber ablehnen, da sie während des Schlusses des Krieges gescheitert werden können. Selbstverständlich müße bei den Daimlerwerken zugegriffen werden, wenn die Dinge so liegen.

Die Weiterberatung wird auf Samstag vertagt. Die Abstimmung über die Anträge wird in der nächsten Sitzung am Mittwoch, 13. März, erfolgen.

Ruffenfriede und Reichstag.

Von Friedrich Stampfer.

In einem Aufsatz über den Friedensschluß von Brest-Litowsk habe ich kürzlich (siehe Nr. 54 unseres Blattes vom 5. März) unter scharfer Kritik des Vertragsinhalts ausgeführt, daß der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag aus schwerwiegenden Gründen vielleicht doch nichts anderes übrig bleiben werde, als für diesen Frieden zu stimmen. In der „Münchener Post“ tritt Genosse Paul Kampfmeyer dieser meiner Auffassung mit so beachtenswerten Gründen entgegen, daß eine weitere Auseinandersetzung darüber unermehlich wird.

Genosse Kampfmeyer legt nochmals, insofern ganz in meinen Ausführungen, das gewaltige Urteil dar, das aus diesem Friedensvertrag zu entspringen droht. Die Sozialdemokratie sei jetzt für den Verständigungsfrieden eingetreten. „Und nun“, fragt Kampfmeyer, „da uns der erste Gewaltfrieden aufgedrängt wird, sollen wir die Grundfahen unserer bisherigen Kriegspolitik in den Wind schlagen und für diesen Frieden stimmen? Jeder Mann im Volke werde verstehen, daß wir einen solchen faulen Frieden, der die Gefahr künftiger Kriege im Schoße trägt, ablehnen. Der Gewaltfrieden im Osten ist auch ein Hindernis für den Verständigungsfrieden im Westen. Genosse Kampfmeyer schließt:

„Schon aus diesem Grunde soll die Sozialdemokratie im Reichstag durch ihre Abstimmung deutlich beweisen, daß noch große Kreise des deutschen Volkes treu zum Verständigungsfrieden stehen. Unsere Unterstützung des Gewaltfriedens muß die Grundlage des Verständigungsfriedens überhaupt erschüttern. Wenn wir noch am 28. Februar für den Verständigungsfrieden gesprochen haben, dann können wir nicht 14 Tage später gegen ihn handeln. Volle Einheit zwischen Reden und Handeln ist ein notwendiges Gebot folgerichtiger politischer Kriegsführung.“

Es ist wohl keiner unter uns, dem nicht ähnliche Gedanken auch schon durch den Kopf gegangen wären. Sie liegen ja in der Luft, sie sind die unmittelbare Reaktion des Einbruchs, den der im Osten abgeschlossene Gewaltfrieden bei uns hervorgerufen mußte. Dennoch muß ich bei meiner Auffassung verharren und zwar aus folgenden Erwägungen: Die Frage, ob der Friedensvertrag von Brest-Litowsk angenommen werden soll oder nicht, besteht theoretisch für uns, praktisch aber auch für Rußland und die Entente. Von der Ratifizierung des Vertrags, die bis zum 17. ds. Mts. zu erfolgen hat, soll noch ein Sowjetkongress über ihn abstimmen. Ebenso besteht für die Entente die Frage, ob sie sich mit dem Ostfrieden abfinden und sich nur noch auf die Regelung der übrigen Pro-

gen konzentrieren soll, oder ob sie die Revision des Ostfriedensvertrages in ihr Kriegszieleprogramm aufnimmt. Können wir wünschen, daß der Sowjetkongress den Friedensvertrag ablehnt und eine neue russische Regierung aus Rußland kommt, die den Verweigerungskampf der nationalen Verteidigung proklamiert? Und können wir weiter wünschen, daß die Entente die Revision des Ostfriedens zu einem feststehenden Punkt ihres Kriegszieleprogramms macht? Diese Fragen stellen sich hier verneinen. Würden wir sie bejahen, so würden wir damit unzweifelhaft für eine Verlängerung des Krieges eintreten und das Endergebnis dieses verlängerten Krieges wäre dann nicht ein Verständigungsfrieden, wie wir ihn wünschen, sondern ein potenziertes Gewaltfrieden nach der einen oder nach der anderen Seite hin, gegen den wir dann wiederum kein anderes Mittel hätten als den ohnmächtigen Protest. Würde Rußland den Krieg wieder aufnehmen, so wäre ein abermaliger Zusammenbruch in kurzer Zeit die wahrscheinlichste Folge, und würden wir dann hindern können, daß am Ende Rußland noch härtere Bedingungen auferlegt würden als bisher?

Wenn wir aber wünschen, daß der Sowjetkongress den Frieden, so wie er ist, annimmt und daß die Entente auf eine Revision des Ostfriedens, die ohne weiteren Krieg nicht möglich ist, verzichtet, dann scheidet eine Ablehnung des Friedensvertrages durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion doch schwerwiegende Gründe entgegen.

Den sozialistischen Grundfahen entspricht es, daß ein zulässigen Völkern einmal abgeschlossener Vertrag nicht durch Gewalt, sondern durch friedliche Vereinbarung, soweit dies möglich ist, revidiert wird. Darum soll die Sozialdemokratie im Reichstag ausprechen, daß sie mit dem Inhalt dieses Ostfriedensvertrages nicht einverstanden ist und entschieden für seine Revidierung auf dem Wege der friedlichen Verständigung eintritt. Sie soll ausprechen, daß die deutsche Regierung den Frieden, so wie er geschlossen ist, nicht als ein blühendes Höhenmächtdiktat betrachten darf, daß insbesondere eine Verständigung mit dem Westen nicht an den von deutschen Seite gestellten Bedingung scheitern darf, daß im Osten alles so bleibt, wie es in Brest-Litowsk beschlossen ist. Auf der anderen Seite soll aber die deutsche Sozialdemokratie die Wünsche Rußlands und des Westens nicht in der Auffassung bekräftigen, daß der Krieg zur Beilegung des Vertrages von Brest-Litowsk weiter fortgesetzt oder wieder aufgenommen werden müßte. Es wäre am Ende doch kein Fehler, den Anhänger des Krieges bis zum Ende auf der anderen Seite des Argument in die Hände zu spielen: Diesen Friedensvertrag, den die deutsche Sozialdemokratie als unannehmbar abgelehnt hat, können wir nicht annehmen. Wir müssen uns gegen ihn wehren bis zum letzten Blutstropfen!

Wie man sieht, handelt es sich hier um eine sehr schwierige Frage der Taktik, die man am besten mit kühlster politischer Ueberlegung und ohne jeden Aufwand moralischer Entrüstung behandeln soll. Es handelt sich hier, wie bei dem Problem der Kreditabstimmung nicht um das moralisch Gute und das moralisch Schlechte, sondern es handelt sich bei voller Gleichheit des moralischen Ziels um eine Vorausberechnung politischer Wirkungen. Und da scheinen die besseren Gründe doch dafür zu sprechen, daß die Fraktion unter scharfster Kritik des Vertragsinhalts den Frieden als solchen dennoch annimmt, weil er eben ein Stück vom Ende ist. Das letzte Wort gebührt der Fraktion und man wird ihre Entscheidung, wie immer sie fällt, respektieren. Es gibt in dieser Frage starke Gründe und starke Gegengründe, und die unfehlbar richtige Methode, alles so schnell wie möglich zu einem guten Ende zu bringen, ist leider noch immer nicht gefunden.

für unsere Soldaten.

Kantinenwirtschaft.

Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt in ihrer Nummer 1174 einen Artikel aus dem Felde, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, zumal sein Inhalt durch unzählige Feldpostbriefe gestützt wird, die uns während des Krieges zugegangen sind. Er lautet:

Die Stimmen aus dem Felde in Nr. 1163 und 1167 der „R. V.“ über Preistreiberien der Kantinen finden hier allgemeine große Zustimmung. Es ist wirklich an der Zeit, diese Frage einmal zu klären. Wie der Einleiter in Nr. 1167 erwähnt hat, sind die Preise der Waren oft dermaßen hoch, daß sie sich ein Soldat kaum leisten kann, also das Kaufen der Waren nur besonders begüterten Kameraden überlassen werden muß. Besonders in der Zeit der Lohnungserhöhung machte sich auch in den Kantinen sofort eine Preiserhöhung bemerkbar. Ob nun die Waren auch im Werte gewonnen hatten, oder ob die Steigerung nur erfolgte, damit der Feldgrane nicht über die Stränge schlagen sollte, das zu beurteilen, entzieht sich unseren Kenntnissen. Auch zu erwägen ist noch, daß Kantinen innerhalb eines Tages ein und dieselbe Ware zu verschiedenen Preisen verkaufen, jedenfalls ganz nach Belieben des betreffenden Verkäufers. Das Aufhängen einer Preistafel wäre hier sehr zu empfehlen. Aber noch mehr als die hohen Preise erbitterte uns die Frage des Ueberflusses, und gerade deshalb können wir auf die Kantinenfrage zurück, um endlich einmal Klarheit zu schaffen. Eine Kantine soll, so viel wir unterrichtet sind, nur die Vermittlung darstellen, welche an Soldaten die nötigsten Waren zu möglichst billigen Preisen verschafft, und nur so viel Prozente aufschlagen darf, damit die entstehenden Unkosten beglichen werden können. Daß Ueberdies erzielt werden muß, um die Kantine lebensfähig zu erhalten, darüber ist sich wohl jeder klar. Aber wo bleibt der Ueberdies, der sich bei gut gehenden Kantinen oft bis zu einigen tausend Mark monatlich beläuft? Wie ist es möglich, daß eine Bataillonskantine mit oft ein bis fünf Tausend — nach dreijährigen Bestehen sage und schreibe einmal fünf Mark an die Angehörigen des Bataillons zahlt, obwohl sie in Bezug auf die Höchstpreise fast allen anderen Kantinen voranmarchiert? Andere Kantinen dagegen, welche die Waren zu billigeren Preisen liefern, können ihren Angehörigen vierteljährlich noch 10 bis 15 Mark auszahlen. Wo bleibt also im ersten Falle der Ueberdies? Hier ist Abhilfe dringend erforderlich, und dankbar sind wir denjenigen, der in der Lage ist, genaue Auskunft zu geben, wozu die Kantinenüberflüsse nach Recht und Gesetz verwertet werden dürfen und ob es den in Frage kommenden Stellen anbeimgeliefert ist, nach eigenem Ermessen und Belieben darüber zu bestimmen.

Deutsches Reich.

Die neue Kreditvorlage.

Dem Reichstag wird in den nächsten Tagen eine neue Kreditvorlage zugehen. Diese Vorlage wird vermutlich bereits am nächsten Mittwoch im Hauptauschuss beraten werden.

Verflechtungsmaßnahmen.

Berlin, 9. März. Im Wahlrechtsauschuss des Abgeordnetenhauses erklärte der Vertreter der konservativen Partei, daß die Konservativen sich vor der zweiten Lesung über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen mit ihrer Funktion besprechen müßten. Er halte es nicht für möglich, diese Aussprache bis Ostern beenden zu können. In dem gleichen Sinne äußerten sich die Vertreter des Zentrums, der Freikonservativen und der Nationalliberalen. Die Vertreter der Linken lehnten die Verantwortung für die weitere Verzögerung der Wahlrechtsfrage ab, durch die die Erledigung der Vorlagen nach vor Wängsten im Plenum unmöglich gemacht werde. Eine Abstimmung erfolgte nicht. Anfang der nächsten Woche wird der Wahlrechtsauschuss hierzu Stellung nehmen.

Ein Ausfluß militärischen Machtbewußtseins.

Nach dem Kriegseinsatzgesetz müssen die Gemeinden der Militärbehörde, wenn es erforderlich ist, auch Gebäude zur Verfügung stellen. Wie weit im einzelnen Falle nun aber diese militärische Machtbefugnisse sich auswirken können, das zeigt folgende Anfrage, die Abg. Stahl (Soz.) im Reichstag eingebracht hat:

„Ich dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Kriegsministerium zwei der Stadt Spandau gehörende Schulen, und zwar die 3. und 12. Gemeindefschule, trotz Weigerung des Magistrats, zu Wohnungszwecken für Munitionsarbeiterinnen in Gebrauch genommen hat? Die Stadt hat bereits gezwungenermaßen zum Ausgleich ihrer Verpflichtungen einen monatlichen Mietpreis von 4000 Mk. für beide Schulen, der vom Kriegsausschuss abgelehnt wurde. Durch Anwendung des Kriegseinsatzgesetzes wurden die Schulräume mit Beschlag belegt und wird der Stadt keinerlei Entschädigung gezahlt. Die Militärverwaltung fordert von den einstellenden 200 Arbeiterinnen der einen Schule einen wöchentlichen Mietpreis von 4 Mk. Eine Beschwerde des Magistrats gegen dieses Vorgehen beim Kriegsbeschäftigungsamt ist zurückgewiesen worden, eine weitere Beschwerde beim Kriegsministerium hat nach der Erledigung. Trotzdem das Verfahren sich noch in der Schwebe befindet und trotz Protestes der Stadtverwaltung wurden in den Schulen bauliche Veränderungen vorgenommen, die die Ueberführung der Räume zu ihren eigentlichen Zwecken auch nach ihrer Räumung durch die Militärverwaltung für längere Zeit unmöglich machen.“

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der Stadt Spandau zu ihrem Recht zu verhelfen und die offensichtliche Schädigung der Stadt und des Schulunterrichts zu beistimmen?

Teuerungszulagen bei Staatsaufträgen.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am 28. Februar eine Eingabe des Vereins „Soziale Reform“ betreffend Teuerungszulagen für jene Angestellte, deren Arbeit durch Aufträge für den Staat, die Gemeinde und Militärbehörden ausfällt. Die Eingabe wird unterstützt von einer großen Anzahl Verbände der technischen und kaufmännischen Angestellten. Bei allen Aufträgen von Behörden soll durch Vertragsbestimmung festgelegt werden, daß die kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten Teuerungszulagen von mindestens 25 v. H. auf die zuletzt gezahlten Gehälter erhalten. Zur Ermittlung dessen, was als angemessen an Gehaltszahlung gegenwärtig zu gelten hat, sollen die beruflichen Verbände der Angestellten neben denen der Arbeitgeber gutachtlich geäußert werden. Für die Wirtschaftslage dieser Berufsgruppen sind Feststellungen beizubringen, die bei der Stellenvermittlung gemacht worden sind. Demnach hatten im Jahre 1916 67,9 v. H. der Stellung suchenden Angestellten Gehälter bis zum 1800 Mk. Es wurde einstimmig Uebertreibung als Material beschloffen.

Soziale Rundschau.

Heilbehandlung durch die Invalidenversicherung. Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt in seiner letzten Ausgabe eine Uebersicht über die von der Invalidenversicherungsanstalten durchgeführten Heilbehandlungsmaßnahmen im Jahre 1916. Danach

Protest.

Aus einem Briefe.

„Was wollen die Sozialdemokraten tun? Das Gros ihrer Wähler stand im Felde und bekam Feuer auf den Fack.“ (Heiterkeit.)

v. Oldenburg-Januschau.

Es ist anzunehmen, daß Herr v. Oldenburg, der den Kammerherrn-Titel hat, auch Offizier ist. Vollkommen richtig und in der Ordnung aber ist, daß er nicht mit draußen steht, er steht nicht unter die da draußen, denn er ist nicht Geist vom Geiste unserer Frontsoldaten.

Der Geist unserer Frontsoldaten ist Aufopferung. Der Geist des Herrn v. Oldenburg ist Interessenspolitik. Grobheiten sind wir von dem Januschauer gewohnt; wir verstehen sie dem Kammerherrn als einen Mangel an Erziehung. Grobe Worte fallen draußen stündlich, das Kriegstheater ist kein Damenpensionat. Aber jeiliche Rohheiten werden draußen nicht erlaubt und kommen nicht vor. Und darum würde Herr v. Oldenburg in die Front nicht passen. Denn diesem Manne blieb es vorbehalten, die Qualen und Schmerzen der Soldaten zu ironisieren. Es ist nicht alles schön, was wir in letzter Zeit erlebten: die innerpolitischen Streitigkeiten, die Wahlrechtsdebatten, die Zensurfragen, der Streik. Aber alles das hatte doch einen ersten Hintergrund. Jetzt kommt ein preußischer Kammerherr und regelt über die Wunden und Todesopfer unserer Soldaten: sie bekamen Feuer auf den Fack!

Der Ausdruck ist technisch nicht richtig, denn der Soldat trägt seinen Fack. Er trägt einen zerstückelten grauen Fack, den er wochenlang nicht vom Leibe bekommt. Dieser Fack ist ein Stück von ihm, mit ihm verwachsen. Ich habe Sol-

wurden im Berichtsjahre insgesamt 95.060 Versicherte mit einem Kostenaufwande von 20.846.108 Mk. in Heilbehandlung genommen. Davon entfallen allein 28.561 auf Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose; Frauen waren hiermit mit 14.317 Fällen beteiligt. Es folgten Lupus mit 202 (132 weiblich), Knochen- und Gelenk-tuberkulose 220 (99 weiblich). Unter den 66.777 „anderen Krank-heiten“ (Männer: 24.553; Frauen: 42.224) nehmen die Zahn-krankheiten (Zahnerkrankungen) mit 13.805 bei Männern und 28.547 bei Frauen die erste Stelle ein. Bei den Zahnkrankheiten, wie bei den Krankheiten der Lunge sind die Frauen, wie es die obigen Zahlen erweisen, in außerordentlich hohem Maße be-teiligt, wenn man bedenkt, daß in den letzten Jahren vor dem Krieg die Zahl der an der Tuberkulose erkrankten bzw. behan-delten Frauen nur etwa die Hälfte der beteiligten Männer betrug. Diese Erscheinung dürfte in der ungeheuer vermehrten Zahl der erwerbstätigen Frauen ihre Erklärung finden.

Die Heilbehandlung der Lungen- und Kehlkopftuberkulose erforderte den Hauptteil der Gesamtaufgaben, nämlich 12.633.346 Mk. Das gleiche trifft auch auf frühere Jahre zu. Von den seit 1897 überhaupt behandelten 1.468.390 Personen waren 578.691 oder 39,5 vom Hundert an Lungen- oder Kehlkopftuber-kulose erkrankt. Auf ihre Behandlung entfielen etwa 64 v. H. der 338.937.140 Mk. betragenden Gesamtaufgaben, nämlich 218.125.822 Mk.

Ueber die Erfolge der Behandlung sei aus den spezialisierten Tabellen das Folgende mitgeteilt: Von den sicher nachgewie-senen Fällen von Lungen- oder Kehlkopftuberkulose waren bei Männern 85 Prozent, bei Frauen 90 Prozent erfolgreich, bei den dieser Krankheit „Verdächtigten“ 95 bzw. 97 Prozent.

Aus diesen Zahlen ist nur allzu deutlich erkennbar, daß die Tuberkulose noch immer eine „Volkstanz“ in wahren und furchtbaren Sinne des Wortes ist, deren Bekämpfung mit aller Energie und allen verfügbaren Mitteln Pflicht der Gesellschaft und des Staates sein muß.

Aus der Partei.

Vom Fortschritt der Parteipresse.

Bei der Magdeburger „Volkstimme“ ging beim Ausbruch des Krieges die Bezugszahl von 28.153 auf 26.028 zurück. Dann aber kam ein starker Aufstieg. Heute zählt das Blatt 38.243 feste Bezugsnehmer, so daß seit Kriegsbeginn ein Zuwachs von 12.215 zu verzeichnen ist, woran das lehrverlorenste Jahr mit einer Steigerung um 4.149 beteiligt ist. Die Zahl der Redaktionsabonnenten beläuft sich auf rund 4000, während im Straßenverkauf täglich im Durchschnitt 2100 Exemplare abgesetzt werden. Bemerkenswert ist, daß zwei ziemlich kurz hintereinander vorgenommene Be-zugspreiserhöhungen den Aufstieg nicht im geringsten zu hindern vermochten. Im Juli 1917 wurde der seit langen Jahren be-stehende Bezugspreis von 80 Pfg. auf 1 Mark erhöht und zu Neujahr dieses Jahres mußte der Preis weiter auf 1,25 Mk. heraufgesetzt werden. Die stellenweise laut gewordene Befür-chtung, daß infolge dieser Preiserhöhung zahlreiche Leser ab-springen könnten, hat sich beide Male nicht bewahrheitet. So gut wie kein Leser hat deswegen das Blatt aufgegeben.

„Ein Verbot der „Königsberger Volkszeitung“. Die Königs-berger „Volkszeitung“ wurde am 5. März vom Königsberger Gouvernament auf drei Tage verboten, weil sie den Burgfrieden durch einen Artikel „Nationalliberale Volksvertreter“ und durch eine Aufforderung zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei unter Berufung auf die Vaterlandspartei gebrochen haben sollte. Auf Vorstellung des Verlages wurde das Verbot auf einen Tag beschränkt.

Kommunalpolitik.

Städte- und Wohnungswesen.

Im Berliner Rathaus hat unter Vorsitz von Oberbürger-meister von Vorst-Ruhmann ein gemeinschaftlicher Ausschuss des Deutschen und des Preussischen Städte- und Wohnungswesen in eingehender Weise alle Fragen verhandelt, die sich auf die Bekämpfung der mit Kriegsende zu erwartenden Wohnungsschwie-rigkeiten beziehen. An den Beratungen haben auch Stadtbauräte und Städtebauinspektoren teilgenommen. Man ging davon aus, daß im Reich, als Gesamtheit genommen, mit einem sehr großen Wohnungsmangel gerechnet werden muß, während es ander-erseits nach vielen Richtungen sehr ungewiß ist, in welchen ein-zelnen Städten die Schwierigkeiten sich besonders zeigen würden. Wo aber alsbald nach Kriegsende gebaut werden muß, da werden ohne eingreifende Maßregeln die Bautkosten so außerordent-lich hoch sein, daß sicher die schädlichste Rückwirkung auf die all-

gemeine Gestaltung der Mietpreise auch in den älteren Häusern und auf die Geländewerte eintreten wird, wobei durchaus nicht verkannt wurde, daß gewisse Mietsteigerungen entsprechend der allgemeinen Geldentwertung sich sicherlich ergeben“ würden. Als besonders groß wurde auch die Gefahr eingeschätzt, daß wegen der Unsicherheit, die aus den übermäßigen Gestehungskosten ent-springt, weder der Unsicherheit, die aus den übermäßigen Ge-stehungskosten entspringt, weder die Privatbautätigkeit noch auch die gemeinnützige Bautätigkeit sich rechtzeitig entfalten werden. Deshalb soll an die Reichsregierung und an den Reichstag mit der dringenden Bitte herangetreten werden, Reichs-mittel zur Verfügung zu stellen, um die Uebersteuerung der ersten nach Kriegsende errichteten Bauten auszu-gleichen. Außerdem sollen Maßregeln erbeten werden, um die Bereitstellung der wichtigsten Baustoffe, besonders von Holz und Ziegeln, zu angemessenen Preisen für den Klein-wohnungsbau zu sichern. Eine Reihe weiterer Beschlässe ergän-zten sich zu einem umfassenden Gesamtplan für die als wichtigste Frage der Uebergangszeit bezeichnete Wohnungsbeschaffungsfür-jorge nach Kriegsende.

Vormarsch der Wohnungsreform.

Daß wir auch im Wohnungswesen sehr harten Zeiten ent-gegengehen, ist leider sicher. Aber es scheint, daß uns, wie auf so vielen Gebieten, so auch hier gerade die Not vorwärts treibt zu größeren Reformmaßnahmen, die wenigstens allmählich eine stärkere Besserung hoffen lassen, denn ein starker Vormarsch der Wohnungsreform ist zurzeit unverkennbar. Das preussische Woh-nungsgesetz, das am 8. März vom Herrenhaus endgültig verab-schiedet werden dürfte, bringt in seiner neuesten Fassung eine Reihe recht bemerkenswerter Fortschritte. In zahlreichen Orten wäuhren sich die Gemeinden; insbesondere sucht man durch Grün-dung kommunaler Wohnungsbauämter sich für die kom-menden Aufgaben zu wappnen. In einem großen Teile Ostpreu-SENS ferner sind jetzt große gemeinnützige Siedlungsvereine ge-gründet worden oder in der Bildung begriffen, um die prak-tische Siedlungstätigkeit in die Hand zu nehmen. Vor allem aber ist auch in finanzieller Beziehung in die bisherige grundsätz-lich ablehnende Haltung des Staates Brüche geschehen worden. Friedigung des allgemeinen Wohnungsbedarfs, nicht Staat bereit erklärt hat, staatliche Geldmittel auch für die Ver-friedigung des allgemeinen Wohnungsbedarfs, der nicht bloß die des Bedarfs der staatlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten einzufließen, hat neuerdings auch der Reichstag von Bayern in seiner Etatsrede am 25. Februar die gleiche Bereit-willigkeit auch für das Reich erklärt. Nach seinen Mitteilungen ist das Reich nunmehr bereit, die Einzelstaaten und Gemeinden bei ihren Bestrebungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot uhu. nicht bloß organisatorisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. Das ist ein sehr bedeutsamer Fortschritt, denn bisher hatte das Reich in dieser Beziehung immer nur ein hartes Nein. Hoffen wir, daß der guten Absicht nun auch bald die tatsächliche Ver-wirklichung folgt!

Kriegswucher und Kriegsschwindel.

Treibern, 9. März. Wegen unerlaubter Einfuhr von Mais-grieß, Bohnen und Fleisch sind hier fünf Personen zur Anzeige gekommen. Ferner wurde der Inhaber eines Hutgeschäftes und seine Ehefrau in Haft genommen, weil sie einen Lebensmittel-schwelcherhandel in größerem Umfang betrieben. Sie hatten beson-ders Butter zum Preise von 8-10 Mk. umgesetzt.

600 Prozent Gewinn für eine Gefälligkeit! Der Weinbändler Emil Bödel aus Mittelbergheim hatte 1914 50 Hektoliter Apfel-wein zu 18 Mk. gekauft, wovon er den größten Teil für 25 Mk. weiter veräußerte. Den Rest von 10 Hektoliter verkaufte er im Sommer vergangenen Jahres in 12 kleineren Portionen an seine Bekannten und Geschäftsfreunde für 130 Mk. und in einem Fall für 160 Mk. das Hektoliter. Der Nichtpreis für Apfelwein stellt sich auf 65-70 Mk. Trotzdem hatte die Strafkammer in Col-mar den Weinbändler von der Anklage des Weinwuchers frei-gesprochen, da er noch unter dem Marktpreis von 140 Mk. geblieben und außerdem aus purer Gefälligkeit einen besonders guten alten Apfelwein verkauft habe. In der Revisionsverhand-lung vor dem Reichsgericht letzten Montag charakterisierte der Reichsanwalt diese Gefälligkeit, bei der Bödel einen Gewinn von 600 Prozent erzielte, als regelrechten Wucher und seinem Antrage folgend, hob das Reichsgericht das Straffammerurteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück, da zweifelsfrei fest-gestellt sei, daß sich der Weinbändler der übermäßigen Preissteige-rung schuldig gemacht habe.

daten gesehen, bei denen ich es aus, als ob der Fack je trübe. . . Und was die Beziehungen des Feuers zu diesem Soldatenfack anbelangt, so gehen die Granatpfitter, die Schrapnellkugeln, die Geschosse und die lodernen Glut der Flammenwerfer nicht auf den Fack, sondern sie gehen hi-n durch. Sie prallen nicht an ihm ab wie der Respekt vor den Laten unserer Soldaten an dem harten Gemüt des Januschauers, sondern sie vernichten ihn. Ich habe einmal in einem Feldlazarett gesehen, wie ein Soldat sich vor Schmerz so bäumte, daß er fast auf Hinterkopf und Fersen stand. Ihm wurde aus seiner Brustwunde ein Stück Uni-formtuch herausgezogen, das durch das Geschöß mit ins Fleisch gerissen war, aber: ein Stück von seinem Fack.

Herr v. Oldenburg aber trägt einen Fack. Er zieht ihn zu festlichen Gelegenheiten an, nachdem er sich gebadet und neue, feine Bäsche angelegt hat. Der Fack gibt Herrn von Oldenburg etwas Feierliches, Großartiges; der Soldaten-fack bringt Wunden ein. Im Feldgrauen Fack kämpft und blutet der, den der festlich Bekradte ironisiert. Er trug einen schmutzigen, stinkigen Fack, der noch einmal „Mein Vack!“ löschste; dann mußte er sterben, weil er etwas auf den Fack bekommen hatte. Und er trug einen prächtigen Fack mit feidenen Aufschlägen und goldenen Knöpfen, der da drohte, mit dem niedrigen Kartoffelpreis werden die Bauern ihre Kartoffeln lieber verkaufen lassen. Der etwas auf den Fack bekam, starb für das Vaterland, dem der im Kammerherrn-fack mit Hungersnotpolitik drohte. Man sieht: es gibt ver-schiedene Facks, im Fack leidet man Verdrissenes, und ver-schiedene Herzen schlagen unter dem Fack!

Wenn wir aber von dem Kleidungsstück absehen, so stellt sich die Sittlichkeit, mit der Herr v. Oldenburg den furch-baren Krieg betrachtet, mit einem Minus ein. Der Burg-friede ist längst wieder aufgehoben; seis drum! Aber an un-

tere Soldaten hat sich noch kein auch nur aus weitester Ferns askfällig klingendes Wort gewagt. Herr v. Oldenburg hat den Mut gehabt, das zu wagen. Das soll nicht ironisch klingen. Etwas, was in lauterer Ehrbarkeit dasteht, öffentlich anzusprechen, dazu gehört Mut. Herr v. Oldenburg spricht freilich nur von den Sozialdemokraten. Die bekommen etwas auf den Fack. Und die anderen? Und die anderen? Der Frontoffizier vor, der zwischen den Leistungen seiner Leute einen Unterschied nach der politischen Gesinnung ge-macht hätte! Er existiert nicht. Denn anderes gibt es au-der Front zu tun, als nach Parteigrundrissen zu fragen. Und die englischen Granaten fragen nicht danach, ob konservativ, ob sozialdemokratisch. Vielleicht sieht Herr v. Oldenburg — wenn alles wieder ruhig ist — einmal einen flandrischen Ehrenfriedhof. Da ruhen viele vom sozialdemokratischen Gros neben Altpoisdamer Namen. Empfindet jemand Ge-nugtuung, daß die bluten mußten, die politische Widerlacher waren?

Wie verrückt ist das Heiterkeit! „Heiterkeit“, ver-fänden die Zeitungen, haben die rohen Worte erregt. Der ganze Saal lacht. Mir graut, wenn die Soldaten das lesen. Werden sie nicht i tie Fäuste ballen: Ist denn gar keiner dage-wesen, der dem Redner sagte: „Hui! Wie magst du so spre-chen über unser Sterben!“ Wie viel Augen, die keine Trä-nen mehr haben — — und hier: Heiterkeit!

Aber ich glaube, die Soldaten regen sich gar nicht so sehr auf. Sie ziehen die feste Grenze gegen bolschewistischen Wahnfinn, sie, deren Laten der Redner bewirbelt. Und ihre gefaltete Faust erhebt sich, um auf Engländer und Franzosen niederzupressen. Sie werden Feuer auf den Fack bekommen und sterben auch für Herrn v. Oldenburg.

Herr v. Oldenburg aber poßt nicht unter sie. (Ziff. 3.)

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 11. März.

Stadttag: Karlsruher Kohlenhändler. Wiederholt wurde in der Öffentlichkeit darüber Klage geführt, daß infolge des Mangels an geeigneten Fuhrwerken insbesondere kleinere Mengen an Kohlen von den Kohlenhändlern den einzelnen Familien nicht mehr zugeführt wurden, sobald diese gezwungen waren, ihren Kohlenbedarf in den entfernt gelegenen Lagern des Rheinbafens selbst zu holen.

Sozialdemokratische Bürgerausschuß-Fraktion. Heute abend 8 1/2 Uhr Fraktionsitzung im kleinen Rathssaal mit Tagesordnung: Die Vorschlagsberatung. Das Erscheinen aller hier anwesenden Fraktionsgenossen ist dringend erwünscht.

Re. Lebensmittelverteilung. Laut Bekanntmachung des Nahrungsmittelamtes werden in der Woche vom 11. bis 17. März neben den regelmäßigen Lebensmittel auch Teigwaren, Marmelade und Kaffee-Erhalt ausgegeben; ebenso Kindernahrungsmittel. Mit dem 11. März beginnt die neu eingerichtete Versorgung von Mutter und Kind, für die in der Kantentelle (Halle) eine besondere Abteilung eingerichtet wurde.

Die Lage im neuen Rußland. Lenins Politik siegt.

Berlin, 10. März. (Privatmeldung.) „Daily Mail“ meldet einer Rotterdam Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge aus Petersburg: Lenins Einfluß hat gegen die kriegslüsteren Kreise des linken Flügels der Sozialrevolutionäre an Boden gewonnen.

Städt. Arbeitsamt

- Stellennachweis für Kaufleute, Techniker und Büroangestellte. Jährigerstr. 100, Karlsruhe. Fernspr. 5338. Stelle suchen: 1. Schreibgehilfe, 14 Jahre alt, 2. Bilanzant, 19 Jahre alt, 12. junge Kaufleute im Alter von 17-19 Jahren, die auf 1. April ihre Lehrzeit beenden, aus folgenden Branchen: Zigarrenfabrik, Brauereiarbeiter, Futtermittel, Drogen, 1. Verfertigung, 1. Büchsenfabrik, 1. landwirtschaftl. Behörde, 1. Nähmaschinen, Eisen, Gerbe, 1. Kurzwaren, 1. Schuhgroßhandel, 1. Effig- und Seifenfabrik, 1. Lagerist und Expedient, gelernter Leberchäfer, 20 Jahre alt, 1. Buchhalter, 21 Jahre alt (Schweizer), 1. Expeditionsbeamter, 23 Jahre alt (Kriegsbeschädigter), 1. Buchhalter (Manufakturwaren), 28 Jahre alt (Kriegsbeschädigter), 1. Lagerist (Werkzeuge, Stabeisen, Kurzwaren), 29 Jahre alt (Kaufmann), 1. Buchhalter-Expedient (Maschinenfabriken), 32 Jahre alt (Kriegsbeschädigter), 1. Lagerist-Magazinier-Registrierer (Tabakbranche), 42 Jahre alt, 1. Lagerist-Reisender-Kontorgehilfe (Kolonial-, Farben-, Zuckermwaren), 47 Jahre alt, 1. Buchhalter (Drogen, Gerbe, Gasapparate), 48 Jahre alt, 1. Kontorist-Registrierer-Stadtreisender (früher im Eisenbahndienst), 52 Jahre alt, 1. früherer Schriftföher (Anwalde), 52 Jahre alt, als Aufseher, Stadtreisender uvm., 1. Buchhalter (Drogen-, Farben-, Material-, Kolonialwaren), 54 Jahre alt, 1. Bürobeamter (Zeitungswesen), 56 Jahre alt, 1. Betriebsleiter für Getreidemüllerei, 56 Jahre alt, 1. Geschäftsföher (Drogen-, Material-, Farb-, Kolonialwaren), 60 Jahre alt, 1. gewandter Registrierer (Verwaltungssach), 48 Jahre alt, 1. Bautechniker (Tolbah), 27 Jahre alt, für die Abendstunden, 1. Maschinenbautechniker, 32 Jahre alt, Hochschulfstudium, hat als Schlosser praktisch gearbeitet.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Letzte Nachrichten.

Neue Versenkungen.

Berlin, 9. März. (RFB. Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz führten unsere U-Boote dem Gegner einen Verlust von 20 500 B.R.L. Handelschiffraum zu. Die Erfolge wurden größtenteils an der Westküste Frankreichs und im Westausgang des Ärmelkanals erzielt.

Ein U-Boot versenkt weitere 35 000 Tonnen.

Berlin, 9. März. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Spieß, hat unseren Gegnern durch Versenkung von 35 000 B.R.L. Schiffraum schweren Schaden zugefügt. In glänzend durchgeführten Angriffen wurden in der Einfahrt der Frischen See unter erheblicher Gegenwirkung ein schwer beladener amerikanischer Frachtdampfer von etwa 10 000 B.R.L., ein Landdampfer von etwa 5000 B.R.L. und aus einem stark gesicherten Geleitzug das Schlupfchiff von etwa 3000 B.R.L. abgeschossen.

Ein Orden für Verwundete.

Berlin, 9. März. Der Kaiser hat die Verleihung einer besonderen Ordensauszeichnung genehmigt, die an die Verwundeten gegeben werden soll.

Eine Verwahrung an Rußland.

Berlin, 9. März. (RFB. Nicht amtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Eine Verwahrung! Durch Funkpruch ist bei der russischen Regierung dagegen Verwahrung eingelegt worden, daß die Verschleppung deutscher Flüchtlinge aus Estland und Livland fortgesetzt werde, da dies den Abmachungen des Friedensvertrages widerspreche.

Ankunft des „Wolf“ in Travemünde.

Lübeck, 10. März. Der Hilfskreuzer „Wolf“ langte heute nachmittag 8 1/2 Uhr vor Travemünde an und erreichte in 1 1/2 Stunden die Fahrt den bekanntlich für große und tiefgehende Schiffe geeigneten Lübecker Hafen, um hier einen Teil seiner Ladung zu löschen. Bei der Einfahrt in den Innenhafen wurde das Schiff vom Hafenmeister, vom dem Ortskommandanten und von Senatsmitgliedern, sowie von der Bevölkerung lebhaft begrüßt, was die Besatzung mit einem dreifachen Hurrah auf die Stadt Lübeck erwiderte. Unter Glockengeläute legte das Schiff am Hafenquai an.

Einzug der Oesterreicher in Sereth.

Berlin, 10. März. Aus Wien wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt: Den Bestimmungen des Bräutinnarfriedens mit Rumänien zufolge räumen die Rumänen seit dem 5. März die bisher noch von ihnen besetzt gehaltenen Teile der Bukowina. Von den ihnen nachrückenden österreichisch-ungarischen Truppen zog am Nachmittag des 7. März ein österreichisch-ungarisches Bataillon in Anwesenheit eines Divisionskommandeurs in die Stadt Sereth ein, wo die Truppen jubelnd begrüßt wurden.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rehd; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Seer gestellt hat, während man auf 60 000 Mann rechnete. Das Ergebnis der Anwerbung in Petersburg ist noch nicht veröffentlicht, aber sicher noch schlechter. Die Räumung der Stadt dauert an, da man noch immer glaubt, daß die Deutschen nach Petersburg kommen.

W.B. Rotterdam, 9. März. (Nicht amtlich.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet der Petersburger Korrespondent der „Times“: Es bestehe kaum ein Zweifel, daß der Kongreß der Sowjets dem Friedensvertrage bestimmen werde. — Der Petersburger Korrespondent der „Daily News“ meldet, daß sich in Erwartung des Sowjetkongresses die Kriegs- und die Friedenspartei in Petersburg bereits in den Haaren legen. Die Kriegspartei der Bolschewiken hat ein neues Blatt, „Der Kommunist“ gegründet, das für den revolutionären Widerstand Propaganda macht. Der Führer dieser Gruppe ist Bucharin, ein Mitglied der Bolschewikpartei von Moskau, der bisher ein leidenschaftlicher Anhänger Lenins war. Lenin seinerseits arbeitet in der „Redefista“ und „Pravda“ für die Ratifizierung des Friedensvertrages.

Die Annullierung der russischen Staatsanleihen.

Petersburg, 8. März. (RFB. Nicht amtlich.) Der Oberste Wirtschaftsrat veröffentlicht einen Beschluß, der die sofortige Ausführung des Dekretes betr. die Nichtigkeitsklärung der russischen Staatsanleihen anordnet; ein weiterer Beschluß des Wirtschaftsrates legt Kaufmonopole für Streichhölzer, Reis, Kaffee und andere nach Rußland eingeföhrte Spezeimwaren fest.

Marsch der Ukrainer gegen Charkow und Odessa.

Berlin, 9. März. (Verdachtstelegramm.) Die ukrainischen Korps unter dem Oberbefehl von Loturaz wurden gegen Charkow und Odessa in Marsch gesetzt, um das Befreiungswerk zu vollenden.

Die Rada in Kiew.

Berlin, 9. März. (Privatmeldung.) Dem „A. L.“ zufolge zog die Rada unter dem Jubel der Bevölkerung feierlich in Kiew ein, wo sie wieder ihren Sitz aufschlug.

W.B. Rotterdam, 9. März. (Nicht amtlich.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird dem „Ergebnis Telegraph Company“ aus Neuport gemeldet, daß der japanische Botschafter erklärte, der Plan für die Intervention in Sibirien sei vorläufig aufgehoben. Es hinge jetzt von England ab, was Japan tun werde. Die japanische Botschaft hat mitgeteilt, daß China die Politik der Vereinigten Staaten unterließe und daß es sich vermutlich auf den Schutz der Mandchurischen Grenze beschränken werde.

Die sibirische Eisenbahnbrücke gesprengt.

Berlin, 10. März. (Verdachtsmeldung.) „Daily Mail“ meldet aus Tientsin: Die Bolschewiki haben am 4. März 80 Kilometer westlich von Manjihar, an der Nordwestgrenze der Mandchurie die Eisenbahnbrücke der sibirischen Eisenbahn gesprengt. Die Reise der Diplomaten aus Petersburg nach dem Osten wird dadurch erheblich verzögert werden.

W.B. Stockholm, 9. März. (Nicht amtlich.) „Aftonbladet“ meldet aus Warsa, daß die Armee der Roten Garde an mehreren Stellen der Front in Auflösung begriffen sei. Die Nachricht von dem Herannahen der deutschen Flotte im finnischen Meerbusen ruft große Beunruhigung unter den Revolutionären in Helsinki hervor.

W.B. Haag, 9. März. (Nicht amtlich.) Das jüdische Korrespondenzbüro“ erzählt aus London, daß der Vorsitzende des Komitees für den jüdischen Kongreß, der am 2. März in Petersburg zummentreten sollte, in letzter Stunde von den Volksbeauftragten verhaftet worden ist. Viele jüdische Blätter sind verboten worden, und die Redakteure sind im Gefängnis.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

- 63. Darfsagung. An Spenden für das Rote Kreuz find aus der Stadt Karlsruhe bei unserer Rosenverwallung vom 1. bis 28. Februar 1918 weiter abgeliefert worden von: Seiner Großh. Hoheit Prinz Max von Baden und Ihrer Königl. Hoheit Prinzessin Max von Baden 1000 M., Rechtsanwält Dr. Fr. Jüdt (w. G.) 100, Frau M. O. (Wuße) 10, Frau Baurat Hummel, Witwe (w. G.) 50, Kriegsger.-Mat Traumann 200 (w. G.), dar. 100 f. Gef.-Rückföhrge. Mentraruch (w. G.) 100, Landger.-Mat Dr. Jordan 88,75, Postamt aus unbesellbaren Paketen (f. Abnahmestelle) 8,75, B. (Wuße) 5, Geh. Rat Bunte (f. Febr.) 100, Baden Kaufmann Jul. Wadmann (f. Abnahmestelle) 18, Stadthauptkass. Anteil an den monatl. Gehaltsabzügen der Beamten und Lehrer 1299,93, Frau E. M. (Wuße) 10, Frau E. 40, Gr. Gebäudewerksch. Anstalt 800, Oberl.-Ger.-Mat Dr. Weicker 10, Sammelbüchse beim Landger.-Mat 4,30, Hauptmann Reher, Verwaltungssch. Rumänien, 9, Herr Schwant durch Hoffst. Stelzer 200, Sanitätsmeister Rogge (w. G.) 5, Geh. Oberreg.-Mat Sedwre (w. G.) 50, Rarier Sindenlang, Sühlof-Bfarrrei 42, Dr. Wiest f. Ja. L. (monatl. Gabe f. d. Hausford) 300, Mühlbaurer Stenographen-Verein 30, durch d. Reichsbank v. Ung. 37, Louis L. Stern (Zink der Sammelbüchse) 24,91, Kanonier Schaulat 5, Rechtsanwält Koppel 12,50, Jrl. J. B. (Wuße) 10, Bischofswedel aus 20, Geh. Oberreg.-Mat Sedwre (w. G.) 100, Großhofmeister Erz. v. Branner (w. G.) 1000, Frau Dr. Raas 200, Frau Sch. (Wuße) 5, Frau Else Engler (f. Gefangenenfürsöhrge 20, Haushofmeister Rogge (w. G.) 5, Gr. Notariat VI (Zink d. Sammelbüchse) 55,81, Edst. Medard 1, Mil.-Prüfungsstelle f. Prin. Telegar, aus dem Feldbeer 218,55; durch die Rhein. Creditbank, Kassa Karlsruhe, von: Präsident Dr. Friedrich v. Engelberg 300, Hofrat Dr. Troß (f. Jan. u. Febr.) 50, Prof. Karl Enß (w. G.) 20, Erz. Staatsminister Freiherr v. Bodmann (w. G.) 200, Dr. Damhader 50, Panistin Anna Lindner 40, Frau Natalie Siller (w. G.) 200, Landgerichtsdirektor Oer (w. G.) 100, Minister Dr. Düringer (f. Jan. u. Febr.) 200, Notar Dr. Schwärzschil (w. G.) 100, Ung. (w. G.) 25, Prof. Dr. Ludw. Arensperger (w. G.) 100, Geh. Hofrat Dr. E. Blum (f. Jan. u. Febr.) 200, Joseph Sautier 200, Oberhofmeister N. v. Gehius, Erz. 100, Oberlandes-Ger.-Mat S. Wolf 50, Prof. Weidie (w. G.) 30, Gr. Baurat a. D. Ed Lang 50, Geh. Kommerzienrat Dr. Noelle 500; durch das Bankhaus Zeit L. Comburger folgende Monatshefte: Baurat Wiskoff 100, Alb. Brent, Witwe, 25, Jrl. M. Nade 25, Landgerichtsrat Dr. Enoebardt 100, N. Braun u. Co 50, Geh. Rat Becker 25, Geh. Finanzrat F. W. H. 50, Dr. Theod. Comburger 25, Red.-Mat Dr. Gutmann 50, Oberbaurat Wecker 20; durch das Bankhaus Strauß u. Co, von: Kommerzienrat Dr.

Bekanntmachung.

Im IV. Vierteljahr 1917 wurde in unserem Hause eine veraltete Pflanze gefunden. Der Empfangsberechtigte wird gemäß § 980 B.G.B. aufgefordert, seine Rechte an die Pflanze binnen 3 Wochen bei der Verwaltung des städt. Krankenhauses geltend zu machen, widrigenfalls die Pflanze gemäß § 979 B.G.B. versteigert wird. Karlsruhe, den 9. März 1918. Städt. Krankenhaus.

Oster-Neuheiten sind in bekannter Auswahl eingetroffen: Jackenkleider in rein wollenen und halb wollenen Stoffen, Seiden-Jacken-Kleider aus Taffet, Gabardin, in eleganten Formen, Vornehme Seidenkleider in satten Macharten, Imprägnierte Seidenmäntel, Seiden- und Moiré-Jacken, Ripsmäntel, Tuchmäntel, Paletots, Röcke aus Seide, Kunstseide, Wolle und Fantasiestoffen, Blusen aus Seide, Tüll, Chiffon, Voile, Wolle und Waschstoffen. Daniels Konfektionshaus, Wilhelmstrasse 34, eine Treppe.

